

Unabhängige Christlichsoziale Partei

(sämtliche Quellennachweise finden sich in der gedruckten Fassung des SPJ)

1988.....	1
1989.....	1
1991.....	1
1992.....	2
1993.....	2
1996.....	2
1997.....	2
1999.....	3
2000.....	3
2002.....	3
2003.....	3
2004.....	4
2005.....	4

1988

In **Graubünden** war das Zerwürfnis innerhalb der CVP so weit gediehen, dass sich eine Parteisplaltung abzeichnete. Zuerst hatte die 1987 gebildete christlichsoziale Gruppe der CVP (CSP) bei Ersatzwahlen in die Regierung im nötig gewordenen zweiten Wahlgang den offiziellen CVP-Bewerber mit einer Gegenkandidatur bekämpft. Die Retourkutsche folgte bei der Kandidatenaufstellung für die Churer Gemeindewahlen, als die von der CSP vorgeschlagenen Personen von der CVP-Versammlung nicht berücksichtigt wurden. Die CSP trat darauf hin mit einer eigenen Liste an und vermochte der CVP rund einen Drittel der Stimmen und 2 von 5 Parlamentssitzen abzunehmen. Bis zum Jahresende kam es weder zu einer Einigung über die von der Mutterpartei gestellten Bedingungen für ein Verbleiben in der CVP noch zu einem Entscheid über den offiziellen Austritt der CSP.

1989

Im Kanton **Graubünden** konstituierte sich kurz nach den kantonalen Wahlen die 1987 gegründete Parteigruppe der Christlichsozialen nach längerem Zögern als eigenständige Partei. Bei den Grossratswahlen vom 7. Mai waren ihre Exponenten im Kreis Chur – wie bereits 1988 bei den Gemeindewahlen – mit einer eigenen Liste angetreten und hatten der CVP drei ihrer bisher sechs Sitze abnehmen können. Die CVP, die dank Sitzgewinnen im übrigen Kantonsgebiet diese Verluste kompensieren konnte, lehnte die von der CSP gewünschte Fraktionsbildung im Grossen Rat ab.

1991

Die christlich-soziale Partei des Kantons **Freiburg** ist für die Nationalratswahlen eine

Listenverbindung mit der Demokratisch-sozialen Partei eingegangen. Mit 7,7% Wähleranteil eroberte sie einen Sitz in der Person von Hugo Fasel, der in die CVP-Fraktion aufgenommen wurde. Bei den kantonalen Wahlen eroberte die CSP neun Sitze bei 7,1% Wähleranteil. Die **bündnerische** CSP versuchte mit einer Mitte-Links-Allianz bei den Nationalratswahlen die CVP zu konkurrenzieren; mit der Listenbezeichnung Christlichsoziale und Unabhängige – in einem Wahlbündnis mit der SP, Autunna verde und Jung 91 – erreichte sie 6,9% Wählerstimmen. Die **jurassische** PCSI hat auf die Teilnahme an den Nationalratswahlen verzichtet.

1992

Die Christlichsoziale Partei der Schweiz (CSP) fasste im Berichtsjahr die Ja-Parolen zur Krankenkassen- und Tierversuchsinitiative, lehnte die Revision des Stempelsteuergesetzes jedoch ab. Im Berichtsjahr existierten in den Kantonen Freiburg, Graubünden und Luzern von der CVP unabhängige, zur CSP Schweiz zusammengeschlossene Kantonalparteien; die CSP Jura (PCSI) blieb weiterhin autonom.

1993

In der **Stadt Zürich** kam der seit längerer Zeit bestehende **Zwist zwischen CVP und der** ebenfalls zur CVP gehörenden **CSP** zum Vorschein. Anlässlich der Nomination für die stadtzürcherischen Exekutivwahlen, welche im März 1994 stattfinden, verweigerte die Präsidentenkonferenz der städtischen CVP dem Bisherigen Willy Küng die Nominierung für eine weitere Amtsperiode. Anlass für diese Verweigerung bildete einerseits der Vorwurf der parlamentarischen Untersuchungskommission, welche Küng für Fehler bei der Führung der städtischen EDV-Abteilung verantwortlich gemacht hatte. Andererseits wurde ihm von der Präsidentenkonferenz vorgeworfen, in wichtigen Fragen systematisch mit den rot-grünen Parteien zu stimmen. In ihren Augen würden dadurch die Werte der CVP zu stark in den Hintergrund rücken. Als Küng darauf von der CSP-Gruppe für die Kandidatur nominiert wurde, schloss ihn die CVP aus der Partei aus.

1996

Einige christlichsoziale Gruppierungen beschlossen auf 1997 die Gründung einer von der CVP unabhängigen Nationalpartei, der **Christlichsozialen Partei der Schweiz (CSP)**, um durch eine Bündelung der christlichsozialen Kräfte ein Gegengewicht zu einem Rechtsrutsch der CVP zu setzen. Die Initiatorin der neuen Partei, die CSP Jura sowie die drei weiteren am Beschluss beteiligten CSP-Kantonalparteien (Luzern, Freiburg, Stadt Zürich) gehören schon heute nicht der CVP an.

1997

Wie im letzten Jahr angekündigt, gründeten die CSP-Kantonalparteien Freiburg und Jura sowie die freie CSP des Kantons Luzern und die freie CSP der Stadt Zürich eine von der CVP unabhängige **Christlich-soziale Partei der Schweiz (CSP)**. Prominenteste Mitglieder der neuen Partei, die von einem vierköpfigen Gremium geleitet wird, sind der Nationalrat Hugo Fasel (FR)

und der Zürcher Stadtrat Willy Küng. Die CSP will sich links von der CVP mit christlichem Hintergrund für sozial und ökologisch ausgerichtete politische Lösungen einsetzen. Die **CVP** zeigte sich **verärgert** über den Namen der neuen Partei, da es eine CSP bereits innerhalb der CVP gibt, der 14 kantonale Gruppierungen angehören (u.a. auch eine CSP Luzern). Von einer "Abspaltung" mochte sie nicht sprechen, da diese vier Parteien schon bisher ausserhalb der CVP gestanden hätten.

1999

Die **Christlich-Soziale Partei der Schweiz (CSP)**, die vor zwei Jahren gegründet worden war, wählte an ihrer Delegiertenversammlung vom März in Luzern die Zürcher Sekundarlehrerin Monika Bloch Süss zur Präsidentin. Die Delegierten verabschiedeten ein Zwölf-Punkte-Programm, welches den Beitritt der Schweiz zu EU und UNO, verstärkte Asylhilfe in den Ursprungsländern, die Sicherung der Sozialwerke durch neue Mehrwertsteuerprozente, eine höhere Besteuerung der nichterneuerbaren Ressourcen, den Ausstieg aus der Atomwirtschaft, die Einführung einer CO₂-Steuer sowie höhere Kinderzulagen und Steuerabzüge für die Kinderbetreuung fordert. Im September wurde mit Graubünden die fünfte Kantonalsektion in die Partei aufgenommen. Die CSP ist damit in den Kantonen, Jura, Freiburg, Luzern, Zürich und Graubünden vertreten. Bei den Nationalratswahlen trat die CSP in den Kantonen Luzern, Freiburg und Zürich an. Es gelang ihr, den bisherigen Sitz in Freiburg (Fasel) zu halten.

2000

Bei den Parlamentswahlen im Kanton Graubünden verlor die **CSP** alle ihre drei bisherigen Mandate.

2002

Im Kanton Jura eroberten die **Christlichsozialen** ihren 1994 verlorenen **Regierungssitz** wieder zurück.

Die **CSP Obwalden** beschloss den **Austritt aus der CVP Schweiz**. Sie begründete dies mit dem Zwiespalt, dem sie ausgesetzt sei, wenn sie einerseits als kantonal eigenständige Partei manchmal gegen die CVP Obwalden politisiere, andererseits aber gleichzeitig in die nationale CVP eingebunden sei. Ausserdem hätten die Christlichdemokraten Obwaldner CSP-Kandidaturen ins eidgenössische Parlament kaum unterstützt. In Zukunft wolle sich die CSP Obwalden auf die kantonale Politik konzentrieren und sich während der nächsten zwei Jahre keiner nationalen Partei anschliessen. Allenfalls werde man bei der unabhängigen CSP Schweiz um einen Beobachterstatus nachsuchen.

2003

Bei den **Nationalratswahlen** gelang es der CSP, den Sitz in Freiburg (Hugo Fasel) zu verteidigen.

2004

Im Frühjahr sprachen sich die Delegierten der **CSP** für eine stärkere christliche Orientierung der Partei aus, das christlichsoziale Gedankengut werde innerhalb der CVP immer mehr verletzt – diese hatte für die Mietrechts- und die 11. AHV-Revision die Ja-Parole herausgegeben; und auch beim Steuerpaket, bei der Post-Initiative, der NFA und der Stammzellenforschung, die später im Jahr zur Abstimmung gelangten, gingen die Meinungen der beiden Parteien auseinander; die Empfehlungen der CSP deckten sich mit Ausnahme der Stammzellenforschung, zu der sie Stimmfreigabe beschloss, mit jenen der SP. Im Sommer sprach sich der Vorstand der CSP für den definitiven Ausstieg aus der Kernenergie bis ins Jahr 2015 aus. Die nach wie vor ungelösten Probleme bei der Endlagerung von radioaktiven Abfällen sowie der schnelle Technologiefortschritt alternativer Energiequellen sprächen für diesen Schritt. Gleichzeitig anerkenne die Partei die Notwendigkeit von Endlagern für radioaktive Abfälle in der Schweiz.

Bei den Wahlen in die Legislative der Stadt Luzern musste die CSP ihren einzigen Sitz abtreten.

2005

Im Herbst trat die CSP des französischsprachigen Wallis, die im Frühling in den Grossratswahlen des Kantons einen Sitz hatte erringen können, der **CSP Schweiz** bei. Diese setzte sich bis anhin aus den Kantonalsektionen Jura, Zürich, Luzern, Obwalden (als assoziiertes Mitglied) und Freiburg zusammen. Die CSP Schweiz befürwortete einstimmig das Schengen/Dublin-Abkommen, mit lediglich einer Gegenstimme die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Länder sowie mit grosser Mehrheit das Partnerschaftsgesetz und das Gentech-Moratorium in der Landwirtschaft. Zu den Sonntagsverkäufen in Bahnhöfen gab sie die Nein-Parole heraus.